

Die "Freiheit" erscheint montags und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Lieferung ins Haus für Deutschland 10,00 M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. für Postbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Zusendung bezogen für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Ami Norden 833-36 und 9768.

Die achtzehnjährige Nonpareilzeile oder deren Raum kostet 1.- M., einschließlich Letterungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das freigelegte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Letterungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 1,20 M. netto pro Zeile. Stellengesuche in Wortzeilen: das freigelegte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.

Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Ami Norden 833-36, Buchhandlung Zentrum 2648 "Freiheit"-Verlagsdruckerei Zentrum 2030.

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Reichstagswahl und Eisenbahner.

L. B. Im alten Obrigkeitsstaat, vor und während des Weltkrieges, trotz anerkannt höchster Leistungen, materiell und wirtschaftlich niedergebunden, gesellschaftlich und politisch entrecht, der Willkürherrschaft der oberen Verwaltungsbürokratie preisgegeben, wurden die Eisenbahner, Staatsarbeiter und unteren Beamten von den bürgerlichen Parteien wie eine Horde ohne politische Ueberzeugung betrachtet und als Objekt der Gesetzgebung behandelt. Sprichwörtliche Rechtlosigkeit, Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, Gesinnungsriecherei und die 12stündige Arbeitszeit kennzeichneten die Lage der Eisenbahner.

Die Revolution brachte endlich die lang ersehnte Befreiung aus einem menschenunwürdigen Zustand und beseitigte die Ausnahmegeetze. Der Novembersturm, von den halbverhungerten Lohnflaven in den Staatsbetrieben, auf deren Kosten und Gesundheit riesige Ueberhöfe zugunsten des Militarismus herausgewirtschaftet wurden, jubelnd begrüßt, legte den alten Spuk hinweg. Willkürherrschaft, Robabergerismus, Affordarbeit und Günstlingswirtschaft mit allen Begleitererscheinungen schienen endgültig beseitigt, der achtstündige Maximalarbeitsstag und Gleichberechtigung waren errungen.

Es kam die Wahl zur Nationalversammlung. Die in ihrer großen Mehrheit damals noch politisch ungeschulten Staatsarbeiter zählten am 19. Januar überwiegend zur Gesellschaft der heutigen Regierungsparteien.

Die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung und die von ihrem Vertrauen getragene Regierung der Deutschen Republik haben in den verflochtenen 15 Monaten ihren wahren Charakter enthüllt. Sie waren redlich bemüht, die Revolution durch restlose Beseitigung aller Errungenschaften rückgängig zu machen, die revolutionäre Entwicklung durch ihre Gewaltmethoden zu hemmen, alle auf Verwirklichung des Sozialismus gerichteten Bestrebungen zu unterdrücken und das revolutionäre Proletariat dem Kapitalismus zur schamlosen Ausbeutung auszuliefern.

Die Eisenbahner waren dazu ansersehen, die Gewaltmethoden der "Revolutionregierungen" praktisch zu erproben. Als die wirtschaftliche Not aufs höchste stieg und die Geduld der Eisenbahner sich erschöpfte, als sie gezwungen waren, vom letzten Mittel, dem Streik, Gebrauch zu machen, setzte eine beispiellose Pressehege gegen sie ein, an der sich die gesamte bürgerliche Presse einschließlich der rechtssozialistischen beteiligte. Die Eisenbahner wurden der Faulheit bezichtigt, ihre allein durch Hunger und Entbehrungen hervorgerufene, durch aus berechtigte Empörung nach altbewährtem Muster als ein Werk politischer Drahtzieher und Geheer hingestellt. Roske und Dezer drohten mit Gewalt und Entlassung. Der eine wollte den Eisenbahnern die Knochen kaputt schlagen, der andere zum Hungertod verurteilen. Wir erlebten in Berlin das empörende Schauspiel, daß durch schwer bewaffnete Rosketruppen Eisenbahner mit Gewalt aus ihren Wohnungen geholt und an ihre Arbeitsstelle gebracht wurden. In früher Erinnerung sind die brutalen Maßnahmen bei Schließung der Eisenbahnwerkstätten.

Die Reaktionsäre in der preussischen Eisenbahnerverwaltung, vom Ministerialdirektor und Geheimrat bis hinunter zum letzten Regierungsrat und Vorsteher, triumphierten und schauten voll inbalaterner Bewunderung auf ihren Herrn und Meister, den "demokratischen" Minister Dezer. Sein Amtsvorgänger unter Wilhelm II., der offene Reaktionsär Paul Breitenbach, war dagegen ein Waisenknabe. Allerdings konnte sich Dezer, was ausdrücklich feststeht, nicht auf übereinstimmende Weisungen der preussischen und der Reichsregierung stützen, was in einem parlamentarisch regierten Lande heißt: die Regierung hat im Einverständnis mit den Mehrheitsparteien gehandelt. Daß sie dabei auch die Zustimmung der äußersten Rechten fand, ist selbstverständlich. Ganz und allein die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der preussischen Landesversammlung hat die Eisenbahner in Schutz genommen und den Regierungsparteien die Nase vom Gesicht geriffen. Die Wiedererrichtung der Mitarbeit, die brutalen Maßnahmen und Willkürherrschaften fanden die Zustimmung der Mehrheitsparteien. Heute liegen noch Hunderte von Vertrauensleuten der Eisenbahner arbeitslos

auf der Straße. Mit schmahendem Behagen haben die Vertreter der nackten Kapitalinteressen dem rechtssozialistischen Abgeordneten und Unterstaatssekretär Graf-Frankfurt a. M. zugestimmt, als er in der Sitzung der preussischen Landesversammlung vom 28. Juni v. J. laut stenographischem Bericht die Regierung aufforderte, rückfälliges und mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen vorzugehen, die die Arbeiter an der Ausübung ihrer Tätigkeit hindern wollen. Aufhebung zum Streik müsse als Staatsverbrechen behandelt werden. Grätsch-Neukrungen haben wir fast wörtlich schon aus dem Munde Wilhelms II. gehört, der da sagte: "Schwerste Strafe demjenigen, der andere an freiwilliger Arbeit hindert."

Die Eisenbahner haben nicht erwartet, daß die Revolution und die Regierung der Republik die Sünden und die Schuld des wilhelminischen Obrigkeitsstaates in kürzester Frist reißlos werde aufmachen können. Diese Verbrechen, materiellen und moralischen Verwüstungen, das jahrzehntelange erduldete schwere Unrecht, die durch das alte System verfaulende Unterernährung des ganzen Volkes und die schweren wirtschaftlichen Notlagen der Eisenbahner und unteren Staatsbeamten mit ihren Familien — alles das konnte und kann nicht mit einem Schläge oder auch nur in kürzerer Zeit überwunden werden. Aber es gibt viele Dinge, deren Beseitigung oder Verbesserung bzw. Einführung ohne Mühe möglich gewesen wäre und deren Durchführung der Regierung die Sympathie der überwiegenden Mehrheit der Eisenbahner (Arbeiter und Beamten) eingetragen hätte. Wir erinnern nur an die mehrschon mit großem Kamton angeführte "Demokratisierung der Verwaltung". Wie man auf jener Seite die Demokratisierung aufstellt, beweisen die an dieser Stelle bereits charakterisierten Erfolge.

Das Betriebsrätegesetz und seine jetzt auf dem Verordnungsweg erfolgte Uebertragung auf den Eisenbahnbetrieb ist ein Hohn auf den Rätegedanken. Die Eisenbahner werden am Wahltag die richtige Antwort geben; für sie heißt es: Wahltag — Zahltag! In letzter Zeit ist u. a. auch in der Presse die Behauptung aufgestellt worden, die Eisenbahn und Post seien bereits als "sozialisierte Betriebe" anzusehen. Im Wahlkampf wird von den Gegnern der Sozialisierung auf diese "sozialisierten" Betriebe und deren Schwerfälligkeit und Un-

rentabilität mit Vorliebe hingewiesen. Es lohnt sich deshalb, hierzu einiges zu sagen. Eisenbahn und Post sind staatliche Monopolbetriebe, die nach kapitalistischen Grundzügen und Methoden geleitet und verwaltet werden. Sozialisierte Betriebe dagegen lassen sich nur als Selbstverwaltungskörper denken, die nach sozialistischen Grundzügen geleitet werden und der staatlichen Kontrolle unterstehen. Ein schwerfälliger bürokratischer Apparat kann nur dadurch vermieden werden, daß die unteren Verwaltungsbezirke im Rahmen der nach sozialistischen Grundzügen aufgestellten Richtlinien genügend Bewegungsfreiheit besitzen und bei allen Maßnahmen und Entscheidungen sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesamtheit bewußt sind. Im sozialistischen Staat wird das gesamte Verkehrsnetz: Eisenbahn, Post, Schifffahrt usw., in ein einheitliches System gebracht und dadurch wesentlich besser ausgebaut und verwaltet werden.

Der neue Reichstag bekommt durch die Ueberführung der Staatsbahnen in den Besitz des Reiches, die wir als ersten Schritt zur Verwirklichung des Einheitsstaates betrachten, erhöhte Bedeutung für die Eisenbahner. Die Reichseisenbahn ist teuer erkauft. Die Uebernahme ist ganz nach kapitalistischen Grundzügen erfolgt. Dem Reiche ist dabei zum Vorteil der einzelnen Länder eine ungeheure Schuldlast aufgeladen worden, die in einem Reichstag mit bürgerlicher Mehrheit sicher auch eine entsprechende Rückwirkung auf die Löhne und Gehälter der Eisenbahner haben wird.

Die Besoldungsreform ist viel zu spät sowie vollkommen unausgesehnt erfolgt. Sie ist ebenso wie die Löhne durch die Verteuerung aller Bedarfsartikel, Ernährung und Kleidung bereits überholt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei betrachtet es als ihre Aufgabe, im neuen Reichstag wie bisher die Interessen der Eisenbahner gegen Frau Grundzügen als Sachwalterin des revolutionären Proletariats und im Rahmen der Gesamtinteressen der Arbeiterklasse mit aller Energie und Tapferkeit zu vertreten. Es ist Pflicht unserer Genossen im Eisenbahndienst, die Partei bei der Durchführung ihrer Aufgabe nach besten Kräften zu unterstützen und durch Werbung neuer Kämpfer den Sieg des Sozialismus zu verwirklichen.

#### Ludendorffs Leute als Kapitalsverschieber.

Die Welt wird es den preussischen Militärs — und leider auch dem deutschen Volk — noch lange nicht vergessen, was die Halbgötter des deutschen Generalstabes auf dem Gebiete der Spionage in den vierzehnjährigen Jahren des Weltkrieges geleistet haben: Wie man Gift und Kobaltzylinder und Bomben über die deutschen Grenzen nach der friedlichen neutralen Schweiz, nach den skandinavischen Ländern schickte, um auf dem Wege über das neutrale Ausland Seuchen unter Mensch und Vieh zu bringen. Von diesen abscheulichsten Taten der preussisch-deutschen Militärs weiß die deutsche Öffentlichkeit fast gar nichts, denn die Prozesse, in denen diese Taten und noch viel anderes erwiesen wurden, sind vor schweizerischen und normwegischen Gerichten abgehalten worden zu einer Zeit, als Ludendorff Alleinherrscher in Deutschland war und Ludendorffs Untergebener, Oberstleutnant Nicolai, dafür sorgte, daß in die deutsche Presse nur verherrlichende Dägen über den deutschen Generalstab drangen. Es ist wahrscheinlich, daß Herr Ludendorff — von dem alten Herrn Hindenburg gar nicht zu reden — nicht nur als Politiker, sondern auch auf seinem ureigensten Gebiet, als Militär, ein Dilettant ist, aber das muß ihm auch der Reid der Joffre, French und Hoch lassen: Auf dem Gebiete des Bomben- und Giftschmuggels und in der Ueberbepfung der fremden Grenzorgane, in dieser Kunst waren Herr Ludendorff und seine Jünger den anderen weit überlegen. Auf diesem Gebiet haben sie Meisterhaftes geleistet, wenn sie auch manchmal erlappt wurden...

Als sich die vom deutschen Generalstab über vier Jahre lang verbreitete Lüge, daß der endgültige Sieg Deutschlands in den nächsten drei Monaten absolut sicher sei, im Herbst 1918 nicht mehr aufrechterhalten ließ, und als das deutsche Volk in einem, leider schnell vorübergehenden, Anfall von edler Empörung die von gemeiner List geschmiedeten militärischen Waffen von sich warf, da floh Meister Ludendorff nach Schweden, und seine edlen Jünger, die noch nicht ahnten, daß bald ein Roske kommen und ihnen zu

neuem Ruhm helfen würde, dachten ernsthaft daran, sich nach Heien, och, so kurzen und so einträglichen Kriegsjahren auf die abheulische Friedenswirtschaft umzustellen. Natürlich wollten sie das, was sie im Kriege erlernt hatten: Die Kenntnis der Grenzen, die Ausbannung von echten und falschen Rassen, das Schmuggeln, den Umgang mit den hohen militärischen und den verfluchten Zivilistenstellen, all diese Künste des Krieges wollten sie in diesen harten Friedenszeiten nicht verkommen lassen, und so beschloßen die Heilsten unter ihnen, sich zu einem Konzern zu vereinigen, der das Vermögen von deutschen Kapitalisten in größtem Stil nach dem Ausland verschieben sollte.

Das geistige Haupt dieses Konzerns, wenn auch mehr Geschobener als Schieber, ist Rittmeister Dr. Adolf Borchardt, früherer Vertreter des jungen Thissen in dessen Prozessen gegen Erbsen Vater und Ritter des Eisernen Kreuzes I. Klasse, das ihm unter Roske im Frühjahr 1919 verlesen wurde. Um die Vermögensverschlebung auf breiter Basis vornehmen zu können wurde Anfang 1919 das Bankhaus Sinner u. Co. als Kommanditgesellschaft gegründet. Freiherr Dr. von Sinner, ein Schwager des Herrn Borchardt, ist schweizerischer Staatsangehöriger. So erklären es den Kunden des neuen Bankhauses, die zuweilen mit Mißtrauen an die "seltene Gelegenheit, ungeschädete Kapitalien nach der Schweiz zu schicken", bezugnehmend, förmlich durchaus ungehörlich, weder auf das persönliche Konto des Herrn Sinner einzugehen, der ja als Ausländer kein Vermögen "an beliebigen Orten anlegen kann" und vom deutschen Kapitalistengesetz nicht befreit wurde.

Einer der persönlich haftenden Gesellschafter war Herr Hans Hirschler der, wie viele andere Kriegsgewinner, zeitweilig wegen der enormen Gewinne, die er aus der Granatenfabrik Otto Bachmann in Bockswalde bei Berlin gezogen hat, die Wohlgefallen des Hauses Sinner u. Co. zu schenken wollte, Wandern nach Bück Carl Wrede an







# Wer am 6. Juni nicht für die U. S. D. stimmt, wärft die Reaktion!

## Unabhängige und Koalition.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Vorwärts“ in seiner Dienstag-Morgenausgabe einen Artikel, in dem er unter Berufung auf Ausprüche unabhängiger Führer die rechtssozialistische Koalitionspolitik rechtfertigt. Die ganze Rechtfertigung kommt zustande durch eine ungeheuerliche Verdrehung der Dinge. Wir haben von allem Anfang an die Koalitionspolitik aufs schärfste bekämpft. In einem Artikel, der am 23. Januar 1919, also kurz nach den Wahlen zur Nationalversammlung, in der „Freiheit“ erschien, haben wir uns ausführlich und grundlegend mit dem Problem der Koalitionspolitik beschäftigt. Wir haben dort angedeutet, daß schon die rechtssozialistischen Führer keine Politik getrieben haben, die sozialistisch zu nennen sei. Wenn sie aber erst mit dem Willkürtum in einer Regierung über, dann würde die bürgerliche Demokratie über den Inhalt der Politik entscheiden und nicht die Sozialisten. Eine solche Politik widerspreche den Interessen der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands.

In diesem Artikel wurde auch weiter auf die Regierungsunfähigkeit einer Koalitionspolitik hingewiesen, und die unheilvollsten Folgen einer solchen Politik wurden genau vorausgesagt, wie sie denn auch im Verlaufe dieser ganzen Periode eingetroffen sind. Wiederlich schreiben wir demselben:

Wenn der sozialistische Wiederaufbau nicht von der Zentrale aus durchgeführt, aber auch mit aller Energie in Angriff genommen wird, dann wird sich — und das werden alle Leben und selbst die Gewaltverhältnisse eines Rasen nicht davon abhalten — die Arbeiterklasse nicht durchhalten lassen, überall selbst vorzugehen. Und dann bekämen wir nicht Sozialismus, sondern einen wirtschaftlichen Syndikalismus, der ein Unglück wäre.

Die Koalitionspolitik würde ja versuchen, mit allen Gewaltmitteln dem entgegenzutreten. Aber das würde nur bedeuten, daß die deutsche Wirtschaft vollständig ruiniert, neue Werten herausgeschworen, der Widerstand zerstört wird. Wenn die Herrschaft Scheidemann und Landberg meinen, ihre Regierung durch Heranziehung von Bürgerlichen größere Stabilität geben zu können, die sozialistische Neuordnung zu ermöglichen und in aller Ruhe die rein demokratischen Errungenschaften festsetzen zu können, dann geben sie sich einem schmerzlichen und verhängnisvollen Irrtum hin. Diese Politik würde nur neues Unheil heraufbeschwören, die Kämpfe in der Arbeiterklasse selbst noch erbitterter gestalten und die Gefahr der Gegenrevolution in nächster Nähe rufen.

Wir unabhängigen Sozialdemokraten erheben mit allem Nachdruck Einspruch gegen diese Politik der rechtssozialistischen Führer, und wir warnen alle Arbeiter, ihnen auch noch auf diese Bahn, die zum Abgrund führt, zu folgen.

Weil wir all dies voraussehen, weil eine solche Politik, gesehen vom grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt, keine anderen Folgen haben konnte, deshalb haben wir mit aller Energie gegen eine Koalitionspolitik gekämpft.

Wenn der „Vorwärts“ aus Äußerungen Hilferdings oder Crispians eine Rechtfertigung der Koalitionspolitik herauszubringen will, so begeht er damit eine gräßliche Begriffsverfälschung. Für Hilferding und Crispian handelte es sich bei den angesprochenen Äußerungen um die Frage der Übernahme der politischen Macht durch das revolutionäre Proletariat in einem bestimmten Zeitpunkt. Das war einmal der Dezember 1919 und der März 1920. Daß da die Verhältnisse, dank der von uns vorausgesehenen Folgen der Koalitionspolitik, wesentlich ungünstiger waren als im Januar 1919, mag wohl niemand zu bestreiten. Aus diesen objektiven, den veränderten Verhältnissen entsprechenden Einschätzungen der politischen Möglichkeiten eine Rechtfertigung der rechtssozialistischen Koalitionspolitik herauszubestimmen, ist nur als ein Beweis mehr für die Armut der rechtssozialistischen Argumente einzuschätzen.

Aber der „Vorwärts“ hat noch einen Trümpf auszuspielen. Er erinnert an die Rapp-Lage und die Bereitwilligkeit der Unabhängigen, eine sozialistische Regierung zu bilden. Sie sollte sofort ein Mindestprogramm durchführen, das alles andere enthält, als etwa eine Fortsetzung der alten Koalitionspolitik. Dieses Mindestprogramm sah folgende sofort durchzuführende Maßnahmen vor: Entlassung und Auflösung aller konterrevolutionären Organisationen und ihre Erziehung durch organisierte Arbeiter; Aufhebung des Ausnahmezustandes; Verfassung aller am Rapp-Putsch beteiligten Konterrevolutionäre; Durchführung der Sozialisierung; Vergesellschaftung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten; Sicherung der Lebensmittelversorgung; Ausbau der Sozialversicherung; freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern; Frieden mit Rußland.

Wie angesichts eines solchen Mindestprogramms, das wohl jeder sozialistischen Kritik standhält, der „Vorwärts“ von einer Bereitwilligkeit der Unabhängigen sprechen kann, Koalitionspolitik zu treiben und diese Koalition mit der bestehenden Koalitionspolitik in eine Linie stellt, ist uns unerfindlich und entspringt eben nur dem Mangel jeder grundsätzlichen sozialistischen Anschauung, die bei den Rechtssozialisten gang und gäbe ist.

Wenn der „Vorwärts“ glaubt, aus den Äußerungen der Genossen Hilferding und Crispian folgern zu können, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch ihre Beteiligung an der Koalition das Proletariat vor dem Verhungern, die Industriearbeiterklasse vor der Arbeitslosigkeit und die Republik vor der unerbittlichen Konterrevolution gerettet habe, und daß ich wäre Opfer preis, daß die Koalition mit dem Willkürtum dem inneren Wesen der Sozialdemokratie vollinhaltlich entspreche. Diese Partei ist unerbittlich, eine sozialistisch-revolutionäre Politik zu treiben, und es erscheint ihr nichts schrecklicher, als daß das Wahlergebnis die Fortsetzung der Koalitionspolitik garantieren würde. Die ganze Rechtfertigungskampagne des „Vorwärts“ entspringt innerer Unwahrscheinlichkeit und der Angst vor der Abrechnung. Die Arbeiter- und Anarcho-Sozialisten Deutschlands wehnen noch

anderthalbhähriger Koalitionspolitik, daß die Gewähr für den sozialistischen Wiederaufbau Deutschlands nur bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegt.

## Militarismus und Krieg.

Der Militarismus gehörte immer am Markte des deutschen Volkes. Der größte Teil der gesamten Reichsausgaben wurde vor dem Kriege durch den Militarismus verschlungen. Im Jahre 1913 z. B. betrug die Ausgabe für Heer und Marine über 1800 Millionen Mark bei einer Gesamtausgabe von ca. 3 1/2 Milliarden. Die letzten Jahre vor dem Kriege brachten rapiden Steigerungen der Ausgaben für den Militarismus, denn man rüstete schon für das große Nordens.

In welcher Weise der Krieg die Welt veränderte hat, ist bekannt. Nach einer Berechnung der deutschen Studien-Gesellschaft für soziale Folgen des Krieges betragen die Menschenverluste im Kriege insgesamt mehr als 25 Millionen Menschen, davon durch Geburtsrückgang über 10 Millionen, an Kriegsverwundeten fast 10 Millionen, an vermehrten Todesfällen in der Heimat über 5 Millionen.

Deutschland allein hatte einen Gesamtverlust von 6 300 000 Menschen, ungerichtet der Millionen Kriegstruppen, der Kranken und Wunden.

Die wirtschaftlichen Folgen gipfeln im Bankrott der europäischen Großstaaten. Deutschland allein hat mehr als 200 Milliarden Kriegsschulden, ungerichtet die völlige Vernichtung des inneren Wirtschaftslebens, die Verlotterung aller öffentlichen Einrichtungen und der vollständigen Beraubung des größten Teils des Volkes an den notwendigen Lebensbedürfnissen (Nahrung, Wohnung, Hauswirtschaft).

Schwindelnde Schuldenwirtschaft, völlige Geldentwertung und phantastische Preise für alle notwendigen Lebensbedürfnisse, das sind die Folgen des Krieges. Das alles dankt das Volk den Kriegsvorbereitern, den Führern des Militarismus und seinen Führern. Deshalb stehen wir am 6. Juni.

## Koste, der reine Tor.

In der Nationalversammlung vom 27. März 1919 hatte unser verdorbener Genosse Koste die im März in Berlin verübten Greuelthaten der Kostegeordeten und die Gefahren der Konterrevolution geschildert. Koste antwortete auf Quase, anmaßend und schnodderig wie immer. Ein Satz seiner Rede, der den ganzen Koste mit seiner Sympathie für die Gegenrevolution kennzeichnet, verdient festgehalten zu werden. Nach dem Stenogramm sagte Koste:

„Herr Quase hat davon gesprochen, daß die Generale Wittich und Leitow-Vorbed — dort wurde dazwischengerufen: „General Maerker!“ — Anhänger Ludendorfs, Freunde Ludendorfs und was weiß ich sonst, sind. Ich weiß aus zahlreichen Berichten mit General Maerker und mit dem außerordentlich verdienstvollen General v. Wittich (Wobau) bei den Reichsparteien und rechts), dessen Ruhe und Besonnenheit und dessen klaren Urteil ich außerordentlich hoch schätze (Weisheit bei den Reichsparteien und rechts), daß sie sich als ehrliche Männer durchaus auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt haben.“

Der General Wittich war bekanntlich Künstler und Organisator des Rapp-Putsches und Leitow-Vorbed war sein Helfershelfer. Maerker ist, weil stark verdächtig, seines Dienstes entbunden worden.

So leben die „verdienstvollen, ehrlichen“ Männer aus, für die Koste seine Hand ins Feuer legte. Und trotzdem gab ihm die rechtssozialistische Fraktion nach dem Rapp-Putsch noch ein Vertrauenstimmen. Auch daran wird sich die deutsche Arbeiterklasse am Wahltag erinnern.

## Hellmann und Hergt.

Der deutschnationale Parteivorstand Hergt hat bekanntlich durch die „Deutsche Tageszeitung“ eine Erklärung seiner Partei veröffentlicht, in der die Angaben des Rechtssozialisten Hellmann über eine zwischen ihm und Hergt am 18. März geflossene Unterredung dementiert wurde. Wir wiesen schon darauf hin, daß diese gewundene Erklärung für die Herr Hergt bezeichnenderweise nicht mit seinem Namen eingetreten wagt, im Grunde genommen nur behauptet, daß der Vorsitzende der deutschnationalen Volkspartei sich schon am 18. März auf den Boden des Rapp-Putsches gestellt habe.

Nun veröffentlicht Hellmann im „Vorwärts“ eine Erklärung, wonach die Darstellung Hergts von der ersten bis zur letzten Silbe erlogen sei. Er bürge für die Richtigkeit seiner Veröffentlichung. Das ist ein neuer plumper Schwindel heraus, der die Ungehörigkeit seiner Partei in ein besonders helles Licht rückt.

Darüber hinaus teilt Herr Hellmann einige weitere Einzelheiten seiner Unterredung mit Hergt mit, die von politischem Interesse sind. Nach den Worten Hellmanns erklärte Herr Hergt zur Frage der Einstellung der Lebensmittellieferung:

„Ich habe nie begriffen, warum die frühere Regierung gegen streikende Arbeiter ihre Nachmittel nie ernsthaft angewendet hat. An dieser Schwäche ist sie jetzt zugrunde gegangen — von Rechts wegen.“

Bei der Besprechung der Gefahr eines Eingreifens der Entente sagte Herr Hergt: „Wir sind mit den fremden Militärmächten einig.“ Dieses „Wir“ erklärte er dann allerdings, er meine nicht sich und die U. S. D., sondern Rapp und Wittich. Ich erwiderte, das sei unmöglich, das sei nur eine Fülle von Hoch, der einmarschieren und Deutschland zerschlagen wolle. Uebrigens hätte die U. S. D. für Süddeutschland und Westdeutschland ja keinesfalls glücken, Deutschlands Einheit gehen also bestimmt in Trümmer. Darauf sagte Herr Hergt:

„Dann gewinnen wir vielleicht Polen und Westpreußen wieder. Und ein künftiger Ostkrieg ist für die letzte deutsche Zukunft vielleicht wertvoller als dieses Deutschland, das ja doch zugrunde geht.“

Die letzten Worte des Herrn Hergt verdienen sehr, wo die Ostfragen wieder akut geworden sind und die Reichsparteien zu einem neuen Putsch rufen, besonderes Interesse. Sie entbrechen

durchaus der Stimmung, die nicht nur in Offizierskreisen, sondern auch in breiten bürgerlichen Schichten herrschen. Ihnen entsprechen auch die praktischen Vorbereitungen, die die Reichsparteien in den bürgerlichen Provinzen, namentlich in Ostpreußen und Oberschlesien, getroffen haben. Die Worte des Herrn Hergt verdienen deshalb die weiteste Verbreitung, weil sie die veräberlichen Pläne der deutschnationalen Reichspartei mit besonderer Deutlichkeit illustrieren.

Des weiteren erklärte Herr Hellmann, er habe niemals in der Unterredung vom 18. März vorgebracht, Vertreter der Reichsparteien in die Regierung aufzunehmen. Von einem solchen Projekt habe er zum erstenmal am 17. März gehört, als Dr. Leidig und Dr. Stresemann durch Fernsprecher bei ihm anfragten, ob er ihre Aufnahme in die Regierung vorschlagen wolle. Leider sagt Herr Hellmann nicht, wie er sich zu diesem Vorschlag gestellt hat. Wäre seine Antwort ablehnend ausgefallen, so hätte er wohl kaum verbleibt, jetzt rühmend auf seine Charakterfestigkeit hingewiesen. Sein stillschweigendes Einverständnis über diese Frage läßt daher die Vermutung aufkommen, daß er in jenen Tagen die Rolle des „ehelichen Kollers“ zwischen der vor dem Generalkrieg gitternden Regierung vater und dem „Stall Stresemann“ gespielt hat, der bekanntlich die Gelegenheit ergreifen wollte, um auf diesem Wege an die Regierung zu gelangen.

Da die Klärung dieser Frage, namentlich im Hinblick auf die neuerlichen Behauptungen Dr. Helfferichs, daß zwischen der Regierung vater und der Rapp-Regierung eine schriftliche Verständigung erzielt worden sei, auch jetzt noch von großem politischen Interesse ist, wird Herr Hellmann nicht umhin können, sich mit aller Ausführlichkeit über diese Dinge zu äußern.

## Bernhard Kausch's Ende.

Der Reichsminister Bernhard Kausch, der von seinem Posten im Reichswahlministerium zurückgetreten ist, bekommt jetzt von den Herren, deren Wohlste er besorgt hat, den verdienten Tribut. Major Diehl läßt in der rechtsstehenden Presse erklären, daß Kausch's Abgang nicht ganz freiwillig erfolgt sei. Kausch habe vielmehr eine Drohschüre „Soldat und Verfassungstreue“ geschrieben, die in einer Passenaufgabe in der Reichswehr verbreitet werden sollte. In dieser Drohschüre hat Kausch den am Rapp-Putsch beteiligten Offizieren in der von ihm beliebigen sanftmütigen Weise einige Wahrheiten gesagt, hat aber zugleich das Offizierskorps, getreu seiner Schulung durch Koste, in Schuß genommen und nichtbedauerlicher den Unwillen seiner Herren und Weiber damit erregt. Herr Diehl dem Wehrminister Vortrag über die Drohschüre mit dem Erfolg, daß ihre Verbreitung nicht genehmigt wurde. Herr Kausch nahm deshalb seinen Abschied. Dem republikanischen Gedanken ist damit kein Schaden entstanden. Denn Kausch hat im Reichswahlministerium eine absolut unbedeutende Rolle gespielt und zu Koste's herrlichen Zeiten die Reaktion in der Wehrmacht bewußt gefördert und vertriebt. Daß er trotzdem nicht für befähigt gehalten wurde, über das Thema „Soldat und Verfassungstreue“ zu schreiben, charakterisiert den finsternen Geist, der im Reichswahlministerium sein Unwesen treibt. Vielleicht gibt Herr Diehl das gleiche Thema einem alldeutschen Agitationsredner auf, der die Aufgabe sicher im Sinne des Reichswahlministeriums lösen wird.

## Der Reichswahlchein.

Der Wahlchein hat den Zweck, dem an seinem zuständigen Wohnort in die Reichstagswahlen eingetragenen, aber durch berufliche, persönliche oder öffentliche Angelegenheiten außerhauß weilenden Wähler die Stimmabgabe an seinem vorübergehenden Aufenthaltsort zu ermöglichen.

Wird der Nachweis der Notwendigkeit der Ausstellung eines Wahlcheines in Gemäßheit des § 6 der Reichswahlordnung vom 1. Mai 1900 erbracht, dann gelangt der Wähler zunächst in der Reichstagswählerliste seines hängigen Wohnortes zur Stimmabgabe und erhält demnach einen Wahlchein ausgestellt, auf Grund dessen er an dem Ort seines Aufenthalts am 6. Juni d. J. seine Stimme abgeben kann, jedoch nur für einen der an diesem Aufenthaltsort zugelassenen Kreiswahlvorschläge, nicht etwa für einen an seinem hängigen Wohnort zugelassenen Kreiswahlvorschlag. Stimmen, welche auf Wahlvorschläge abgegeben werden, die an anderen Orten zugelassen sind, gelten also in Berlin nicht. Diese Gebundenheit auch des Wahlcheinswählers ergibt sich aus dem Grundsatz der gebundenen Willen. Eine weitergehende Befreiung würde die beständige Festhaltung des Wählergebnisses für ganz Deutschland unmöglich machen.

In Berlin erhielten die Wahlvorschläge der Wählerlisten bereits zugewandt, sind aber nicht beantragt, Streckungen vorzunehmen oder Wahlcheine auszustellen. Das ist lediglich Sache der Reichstags (§ 7 der R. W. O.). Gesuche um Ausstellung von Wahlcheinen können nur noch berücksichtigt werden, soweit dies technisch möglich ist.

## Heute, Mittwoch:

Öffentliche Wählerversammlungen der U. S. D.  
 Reuthaus: 7 Uhr, Niems Festhalle, Poststraße.  
 Schöneberg: 7 Uhr, Schwärzer Adler, Hauptstr. 114.  
 Grünau: 8 Uhr, „Vollene“, Friedriehstraße.  
 Straßenbahner! Bahnhof 20: Donnerstag, abends 7 Uhr, Versammlung in der Reuthaus, Treptow. Referent: Genosse Freund.

## Versammlung für Wählerinnen.

Vortrag der Genossin Bieg: „Die Frauen und die Wahlen“ heute 7 Uhr in der Unions-Brauerei, Gartenstraße 20.

## Das Offiziersleben in Charleville

Ein unbeschriebenes Blatt preußischer Geschichte mit 4 Bildern im 5. Wahlheft der „freien Welt“ — Soeben erschienen —







# Eine Untersuchungskomödie.

## Rechtfertigung der Ermordung Hans Paasches.

Sehn Tage nach der Ermordung Hans Paasches gibt die Regierung endlich den sogenannten „amtlichen“ Bericht über die Mordtat heraus. Er ist so, wie er erwartet wurde, und wenn Hauptmann Babst und Dr. Grabowski nicht in Bayern wären und mit der Vorbereitung des neuen Putzsches vollaus beschäftigt wären, könnte man sich annehmen, daß diese beiden verdienten Herren bei der Abfassung des Berichtes tätige Mithilfe geleistet hätten. Der Soldaten Liebelnachs und Rosa Luxemburgs steigt auf, der ganze ungeheure Betrug, den die demotrostenen Mörder um ihre Untat wästen, um die Spuren zu verwischen und sich der Verantwortung zu entziehen, wird an einem klaffenden Weisheitswort lebendig. Die Regierung selbst hat es nicht der Mühe für wert gehalten, durch geeignete unparteiische Männer die objektive Wahrheit erforschen zu lassen. Sie gibt — den Schuldigen das Wort, und was diese uns berichten, ist keine Feststellung des Tatbestandes, sondern, wie es in der Natur der Sache liegt, eine Rechtfertigung des Verbrechens.

Zu dem Militärbericht, der von dem Oberleutnant Kappe verfaßt ist, heißt es, daß der Regierungskommissar aus Schneidemühl schon am 11. Mai eine Hausdurchsuchung auf dem Gute Paasches angeordnet habe, da dort „Waffen und Munition für die kommunistische Kampforganisation“ versteckt seien. Dann wird berichtet:

Der Abschnitt nahm darauf Verbindung mit der Grenzpolizei auf, die Herrn Paasche beobachtet hatte und versuchte, Beweismaterial zu finden, um eine Waffensuchung von Erfolg sein zu lassen bzw. die angeordnete Festnahme durchzuführen zu können. Besprechungen ergaben, daß die Vorbereitungen noch nicht als beendet anzusehen waren. Es wurde daher vorgeschlagen, mit der Durchführung zu warten, bis der bisher gegebene Verdacht begründet sei. Dem wurde jedoch nicht stattgegeben. Die Hausdurchsuchung wurde auf Freitag, den 21. Mai, festgesetzt. Mit der Ausführung wurde ich beauftragt. Auf Grund verschiedener Mitteilungen, die lauteten, daß um Hochzeit die Arbeiter von Herrn Paasche organisiert sind, daß sie bewaffnet seien, zudem zum Teil freizeiten, erbat ich vom Abschnitt ein Kommando von zwei Offizieren und fünfzig Mann.

Vorher ich antreten ließ, machte ich meine Leute mit der Anordnung des Regierungskommissars vertraut. Ich führte kurz aus, daß die vorliegende Gewalt heute in den Händen der Zivilbehörde stehe, der Regierungskommissar der gesetzliche Vertreter der Regierung sei, daß Militär daher nur ausführendes Organ. Ich wies darauf hin, daß das Verhalten bei der Hausdurchsuchung, das sicher in 24 Stunden in jeder Zeitung stünde, für das Ansehen des Militärs maßgebend sei. Ich verlangte Verschwiegenheit, kein Anknipfen von Privateigentum, Verbot jedes unwilligen Behörern und verwies hinsichtlich des Waffengebrauchs auf ihre Vorschriften und Instruktionen in der Kompagnie. Zu schießen sei nur, wenn sie tatsächlich anzugreifen würden, oder eine festgenommene Person auf dreimaliges Anrufen nicht stünde usw.; im übrigen ließe ich den Ort sperren und keine Person dürfe solange ein und aus gehen. Schredschüsse seien verboten und schädigten den Ruf der Truppe. Dann teilte ich den Leuten mit, was mir von Herrn A. und der Segend bekannt sei. Ich glaubte zwar nicht, daß benachbarte Arbeiter und bei der Hausdurchsuchung wären würden, es sei aber nach allen Mitteilungen damit zu rechnen. Wir müßten daher das Schloß mitnehmen, um uns später keine Vorwürfe machen zu müssen.

Oberleutnant Kappe gab dann nach seiner Darstellung den Befehl, scharf zu laden. Er ließ das Gut

von Posten umstellen und bot dabei einen militärischen Apparat auf, als handele es sich um die Erstürmung einer noch nicht kurzweiligen Festung. Nach Schilderung dieser Vorbereitungsarbeiten wurde dann im Wohnhause nach Paasche gesucht. Als festgestellt war, daß sich der Besuchte am See befand, befohl Kappe dem Gendarmen Wendland, ihn zu holen. Kappe fährt dann in seinem Bericht fort:

Nachdem ich etwa fünfzehn Minuten gewartet hatte, hörte ich einen Schuß, nach etwa zehn bis fünfzehn Sekunden zwei weitere und einen viersten Schuß. Auf diesen einen kurzen Ausschrei: „Da bin tot!“ Ich lief sofort an Ort und Stelle und sah einen Mann liegen in kurzen Hosen, leichtem Mantel, ohne Kopfbedeckung und nackten Beinen, anscheinend Herzschuß und tot.

Feststellungen ergaben folgendes: Die Leiche war H. P. Herr P. war völlig dem Gendarmen gefolgt, der ihm gesagt hatte, „einige Herren wünschen Sie zu sprechen, kommen Sie bitte mit zu Ihrem Haus“. Beide gingen vom See nebeneinander durch den Wald dem Wohnhause zu. Etwa 60 Schritte davon machte Herr P. plötzlich kehrt und lief (nach Angabe des Postens) im Dickdick davon. Grund weiß ich nicht; jedenfalls mußte er plötzlich einen Posten zu Gesicht bekommen haben und daher im Schutze des Waldes flüchten wollen. Ein Versuch des Gendarmen, Herrn Paasche zu greifen, scheiterte, da dieser barfuß, der Gendarm dagegen in hohen Stiefeln und Stöckel war. Der Posten, der etwa zwanzig Schritte entfernt stand, beobachtete dies, sah, wie der Gendarm nach seiner Pistolentasche griff und tief den Flüchtlings, in gutem Glauben, es sei ein Festgenommener, dreimal an. Auch der Gendarm soll noch gerufen haben. Als der Flüchtling nach dem dritten Ruf nicht stand, schah der Posten, Schätze Siefede, der 8. Kompagnie, Schützenregiment Nr. 4. Der Schuß ging fehl. Der Flüchtling blieb auch jetzt nicht stehen. Nach etwa 10 bis 15 Sekunden folgten zwei weitere Schüsse, die auch schlugen, zumal der Flüchtling hinter Bäumen verschwunden war. Der links anschließende Posten, Schätze Dielmann derselben Kompagnie, gab dann den vierten Schuß, der als Herzstichschuß tödlich getroffen hatte.

Herr Kappe stellt dann nach mit nüchternen Worten fest, daß er der Hausdame Paasches sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen und ihr auseinandergesetzt habe, daß die Soldaten „geheimlich“ gehandelt hätten. Denn Paasche hätte „als ehemaliger Offizier wissen müssen, daß man nach dreimaligem Ruf stehenbleiben habe“. Der militärische Bericht enthält sehr viele Widersprüche, auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Er steht vor allem im Widerspruch mit dem Bericht des Regierungskommissars, in dem es über die Ermordung heißt:

Der dem Gutbesitzer bekannte Gendarmewachmeister Wendland II wurde beauftragt, den Kapitänleutnant Paasche aufzusuchen und ihn zu bitten, in das Gutshaus zu kommen. Wendland ging an den See, traf daselbst den Kapitänleutnant Paasche und bat ihn, mit ins Gutshaus zu kommen, wo ihn verschiedene Herren erwarten würden. Nach einigem Zögern folgte Paasche dem Gendarmewachmeister. Neben den Zweck des Besuchs hatte Wendland dem Kapitänleutnant keine Mitteilung gemacht. Als die beiden in die Nähe des Hauses kamen, machte plötzlich Paasche kehrt und lief eilig in die Richtung des nahen Waldes zu. Der Gendarmewachmeister lief ihm nach und rief mehrmals: „Bleiben Sie doch stehen, Herr Kapitänleutnant!“ Wendland hatte die rechte Hand an der Pistolentasche; die Pistole hatte er nicht aus dem Futteral gezogen. Die im Walde vereinigt stehenden Posten riefen ebenfalls dauernd „halt!“ und schossen drei Schüsse über Paasche hinweg. Am Waldeingang erhielt er von dem im Walde zurückstehenden Posten Dielmann einen Schuß in die Herzgegend; Paasche fiel mit einem lauten Ausschrei hin und rief: „Ich bin getroffen, ich werde!“ Ehe noch der nächste Posten an ihn heranspringen konnte, war er tot.

Zu dem Vorfall nehme ich folgende Stellung: Eine Festnahme des Paasche war nicht angeordnet. Paasche war auch nicht festgenommen und konnte sich als solcher auch nicht betrauen. Daraus folgt, daß weder der Gendarm noch die Truppe von ihrer Waffe Gebrauch machen durften. Der Gendarmewachmeister hat auch von seiner Waffe vorschriftsmäßig nicht Gebrauch gemacht. Wohl hat er mit der Hand an seine Pistolentasche gegriffen, wie er angibt, weil ihm beim Springen die Pistole aus der Pistolentasche fast herausgefallen wäre. Die Soldaten gaben bei der Untersuchung an, daß der Gendarm seine Pistolentasche aufgedrückt und die Pistole in die Hand nehmen wollte. Jedenfalls haben die Soldaten, die nicht wußten, daß Paasche nicht festgenommen war, aus all dem ihnen sichtbar gewordenen Handlungen entnommen, daß Paasche durch den Gendarmen festgenommen war und daß er sich der Festnahme durch die Flucht entziehen wollte. So deuteten sie den Ruf des Gendarmen an den flüchtenden Kapitänleutnant Paasche. „Bleiben Sie doch stehen, Herr Kapitänleutnant“, so deuteten sie die Verfolgung des Paasche durch den Gendarmen und so deuteten sie die Handbewegung des Gendarmen an seine Revolvertasche. In diesem subjektiv entschuldbaren Glauben haben sie gehandelt, als sie auf den flüchtenden Paasche schossen.

Die nach diesem Vorfall stattgefundenen Hausdurchsuchungen nach Waffen ergabte keinen Erfolg. Waffen wurden nur sehr wenige vorgefunden. Die Korrespondenz wurde beschlagnahmt. Nach Maßgaben des Grenzpolizeikommissars Dr. Anders kann aus dem beschlagnahmten Material soweit es bereits gesichtet ist, geschlossen werden: daß Paasche nicht allein theoretisch für den Rätepublikandanten getreten ist, sondern daß er auch zweifellos ein Hauptmitglied in der kommunistischen Partei gewesen ist, der er auch Vermittler zur Verfügung gestellt hat.“ Die beschlagnahmten Briefe liegen noch nicht vor.

Von der Grenzpolizei ist mitgeteilt worden, daß Paasche mit Waffen und Munition durch Hochzeit und auf Wägen von Landarbeitern verladen worden sind und daß Paasche in letzter Zeit häufig öffentlich kommunistische Reden gehalten hat. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Paasche im Walde um sicheren Orte versteckt sind. Eine weitere Nachforschung wird eingeleitet werden. Über den Grund des eigenartigen Verhaltens Paasches kann ich mich nur Vermutungen erlauben. Vielleicht trieb ihn im Anblick der Posten sein schlechtes Gewissen zur Flucht, vielleicht wollte er seine Anhänger alarmieren.

Zu dem Berichte des Oberleutnants Kappe, der ohne Richtigeitstellung von dem Abschnittskommandeur weitergegeben wurde, sind zwei Irrtümer enthalten, die zurückgewiesen werden müssen.

1. Die Behauptung, daß der Abschnittskommandeur von dem Regierungskommissar angewiesen worden ist, die angeordnete Festnahme des Kapitänleutnants Paasche durchzuführen“ und

2. daß von Seiten des Abschnitts vorgeschlagen worden sei, mit der Durchführung der Untersuchung zu warten, bis der gegebene Verdacht des Besitzes von Waffen begründet sei.“

Der Bericht des Regierungskommissars stellt also fest, daß die Truppen kein Recht zur Festnahme hatten. Um so unerhörter ist es, wie der Regierungskommissar die Soldaten, die auf Paasche geschossen haben, in Schutz zu nehmen versucht. Feststellungen über die eigentliche Ermordung vermag dieser Herr nicht zu treffen, dafür spricht er eine Fülle von ungläubigen Verdächtigungen und Vermutungen aus, gemäßigteren um damit die entsetzliche Tat zu rechtfertigen. Wo sind die Wägen mit Waffen, die durch Hochzeit gefahren sind? Ist das auch ein Verstoßgrund, daß Herr Paasche häufig öffentlich kommunistische Reden gehalten hat? Die Öffentlichkeit verlangt mit allem Nachdruck, daß über die Ermordung Hans Paasches Feststellungen getroffen werden. Der sogenannte „amtliche“ Bericht gibt nur Mutmaßungen und beweislöse Verdächtigungen wieder. Er ist das Eingeständnis der Schuldigen, denen das böse Gewissen nicht die Ruhe zu einer objektiven Darstellung gibt.

## 63) Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

„Sein Se ä Familienvater? Seit es gibt ä Lebensversicherung, kenn mer es von jedem verlangen, daß er for de Seinen sorgt. Denken Se af Weib und Kind!“

Helene trat mit dem Helmen auf dem Arme zur Türe herein. „Sachn Maderl,“ sagte sie lächelnd, „so wies'n wär's nit, wann D' und z' Lieb' was t'at, daß wir nit einm'als beitein geh'n dürften.“

Der Herrgottsmacher blühte erstarrt auf. Woher dieses blöhlige Gimmengeln? Er zog die Mundwinkel herab und starrte Helene mit großen Augen an. Es eröfnete ihn, daß sie anstatt zu ihm zu stehen, so unversehens einem Fremden das Wort redete und noch dazu in einer Sache, wo es sich um Auslagen auf Jahre hinaus handelte und die Aussicht auf seinen Tod ihr einen Gewinn versprach. Sollte er sagen, was ihm schon auf der Zunge lag: daß wenn sie mal beitein gehen müßte, sie es vollaus mit seine selbige Mutter verdient habe und daß sie ihm ja bisher jede Sorge für das Kind förmlich verübelte, das übrigens...? Doch was würde der Jud' denken, wenn er ihn gegen das Weib in der Weif' aufbegehren hörte? Nein. Er versprach, daß er sich's überlegen und sich schon „einmal“ versichern lassen werde.

„Gott sei davor!“ schrie der kleine Agent und suchte dazu mit den Händen in der Luft. „Gott sei davor, daß ich Se gab' ä Zeit zu bereuen sei ä guten Vorhab. Nix da; Herr Meebinder, Se werden sich jetzt sehen in Tisch, dann geh'n mer' enauf sun Wirt und nehmen und su leihen seinen Leiterswagen.“

„In Leiterswagen?“

„Wir werden nig bleiben allein, in de Dörfer, wobei wir fahren vorüber, sitzen noch ä Bärie, was sich haben gleich' als entschlossen; Se machen grad' ä halbe Dugend voll, Herr Meebinder. Se geh'n, es geht in einem! Wo köm' ich sonst af de Kosten?“

„Na, da mußt wohl fahren Maderl,“ sagte Helene, „wann sich iden für unkonst ä Gelegenheit schid.“

„Du kamst's wohl gar nit erwarten, daß's zun Balken kamt?“

„Sei nit kindisch, ich mein' nur, wann d' schon entschlossen bist, wozu's d'auschieben?“

Maderl war zwar nichts weniger als entschlossen und daß die Sache so über Hals und Kopf abgemacht werden sollte machte sie ihm nur noch bedenkllicher. Er kratzte sich in den Haaren.

Über der Agent drängte: „Hören Se af Ihre Frau, Herr Meebinder; af Frauen hören is in viele Fall' gut, wenn ach nit in jeden. Wir sein drüben in der Stadt in ä paar Stunden un der Wirtshaus dort is ä geringer. Mit Abend sein Se wieder dahoim, Herr Meebinder.“

„No, halbt, da is ja all' schon ganz prächtig eing'teilt. Nix komm', Maderl, essen, daß mer' d'Zeit auch einhalt'l. Nimmt der Herr leicht auch ein' Pöffel Suppen?“

Der Agent lehnte dankend ab. Er hielt sich strenge an die Sprüche, welche noch aus den Zeiten maiver Gottesfürat herkommen, wo die Menschen nicht nur mit Hand und Mund den Göttern dienten, sondern auch mit eigenen und fremden Eingeweiden.

Schwere, niederhangende Wolken trieben vor dem Winde einher, als gegen Abend der Leiterswagen durch das Dorf pollerte.

An der Seite des kleinen Mannes auf dem Eibrette lauerte der Herrgottsmacher den Gut tief in die Stirne gedrückt, bleich, mit stieren Blicken unter den blingelnden Lidern, das Haar klebte ihm an den Schläfen.

„Jesse, Maderl, was hast denn?“ fragte Helene, aus dem Vorgärtel herzuwinkend.

„S'nehm' mich net,“ brachle er mit zitternder, angstvoller Stimme hervor.

„Da haben Se's,“ sagte der Agent, „erst will er nix un nu is er verzagt, weil wir nix woll'n. Sein Se kein Kind, Herr Meebinder, machen Se sich nix d'raus. Hundert Jahr' sein Leute alt geworden, was de Kerze haben's Leben abgespröchen. Sehen Se sich nit in Kopf wegen e dem, was sag' so aner. S' kenn ja ach sein nor gewesen ä Bosheit, um mich in bringen un ä Profosion; de Herren erlauben sich manchmal soi unseine Schw' mit unsrer einm. Schlagen Se sich's aus'm Sinn, Herr Meebinder. Grüßeln Se nit d'rüber. Hör'n Se, was ich sag', gor nix geben Se d'raus.“

Helene half ihrem Manne vom Sitze und führte ihn in das Haus, sie verließ ihn unter der Türe, als er zur Stub

hineinschwarzte und lief hurtig an den Wagen zurück. „Sag's mir nur,“ flüsterle sie, „was is denn eigentlich mit dem Mann los? Kommt's mer's schon anbertraun, ich fall' nit gleich' hin!“

Der kleine Mann knitt ein furchiges Gesicht und fränkelte die wulstigen Lippen, veranlich kitzelte ihn ä ausgesprochener Witz. „Hör' nit, daß er gut daran tat, ihm ihr' sich zu behalten. Er dachte sich grad' vornehmer. Se müßen nit erschrecken,“ sagte er halblaut, „was ä Doktor red't, is lang nit soi gefährlich, als was er schreit, de Reizeiten. Ihr Mann soll steden in saner guten Haut. Wei' üble Sackel kann mer nit wissen, was es's nächste Jahr' bracht.“

„Wein', ä Wort macht kon Todten lebendig, wech's ach kan Lebendigen tot machen. Lassen Se sich kan krauses Hoor d'rüber wachsen, wär' Schad' for soi ä schöne Frau. Wei' Empfehlung.“

Helene lehnte in die Stube zurück. „Daß's gut sein,“ sagte sie, „wollen I' dich nit nehmen, soll'n sie's bleiben lassen! Tu du dir nur nix einbilden. So arg wie sie's machen, wird's lang' nit sein.“

Sie setzte sich an den Tisch, ihm gegenüber.

Wahen begann ein mächtiger Regen niederzutauschen, dessen Wätschern, Brallen und Getöse allsald jeden anderen Laut überbrausle.

So saßen sie denn schweigend. Der Mann noch immer mit dem Gute auf dem Kopfe, beide Ellbogen aufgestützt, vor sich in das Leere starrend; das Weib, mit dem Säurgen-saume spielend und von Zeit zu Zeit schon nach dem Bekümmerten blickend.

Wählich ließ der Regen nach; als es nur mehr „nie-felste“, spritzende Tröpfchen wie fallender Nebel niederrieselten, erhob sich Helene. „Nach' die nit d'raus,“ sagte sie zu dem Manne und strich ihm mit der Rechten über die nasse Stirne. Einen Augenblick hielt sie die feuchte Hand vor's Gesicht, dann rieb sie selbe sorgfältig und wiederholt mit der Schürze ab. Sie schlich hinaus zur Stube und ging in das Vorgärtchen und mit langsamen Schritten der Stille ihrer Mutter zu.

Nabe derselben drückte sie beide Hände gegen die Brust, die Arme begannen ihr vor Aufregung zu zittern und sie ließ sich auf das Bänkelein neben der Türe nieder.

Korrekturen...



Gerade nach diesem Bericht, zu dessen Abfassung volle zehn Tage gebraucht worden sind, und der das Verworrenste darstellt, was jemals über ein Verbrechen geschrieben worden ist, wird es zur ehernen Gewissheit, daß Hans Paasche das Opfer eines gemeinen Mordanschlags wurde.

Zum Schluß aber noch eine Frage an Oberst Raubisch: Der Regierungspräsident von Schneidemühl behauptet, die Nachricht, daß Paasche auf seinem Gute „Waffen und Munition für die kommunistische Kampforganisation“ versteckt halte, sei durch die Berliner Sicherheitspolizei übermittelt worden. Welche Stelle hat diese Nachricht übermittelt? Gewiß die berühmteste Spitzelhunderei, die die Weimarerherrschaft v. Kessel zusammen mit dem Mörder und Betrüger Lamisch gegründet hat, also jene Gesellschaft, die schon bei der Ermordung der 33 unschuldigen Matrosen ihre Hände im Spiel hatte, von der die Instruktionen für das Attentat auf Maded an den Leutnant Simons gegeben worden sind, von der man auch Bescheid wissen dürfte über die Ermordung von Renbachs und Leo Fogisches? Staannt die Spitzelnachricht von dieser Hunderei, die auch am Kapp-Putsch stark beteiligt war, dann würden unsere Mutmaßungen über eine Mörderzentrale durch eine neue Tatsache erhärtet werden.

## Generalversammlung der U. S. P. Berlin-Brandenburg.

### Aufstellung der Kandidaten zur Stadtliste.

In der Generalversammlung der U. S. P. D. Berlin-Brandenburg hielt am Montagabend Genosse Dr. Weh ein kurzes Referat über die bevorstehenden Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen. Er führte aus: Aus den Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit innerhalb der Berliner Stadtverwaltung gemacht haben, wissen wir, daß über das Gesicht Groß-Berlin und der dazu gehörigen Wahlgemeinde eine allgemeine Unkenntnis besteht. Es ist z. B. nicht bekannt, daß ein nichtwahlberechtigter Bürger eventuell doch wählbar ist. Wer das Bürgerrecht besitzt, ist wählbar, jedoch ist er nicht wahlberechtigt, wenn er dieses noch nicht ein volles Jahr besitzt. Es ist nun Pflicht der Funktionäre, schon jetzt bei jeder Gelegenheit auf die bevorstehenden Wahlen hinzuweisen. Es muß dabei besonders die prinzipielle Haltung der U. S. P. D. zu allen Fragen der Kommunalpolitik gezeigt werden. Besonders muß auch betont werden, daß von kommunaler Seite auf die Reichspolitik einzuwirken ist. Das neue zu schaffende Gebilde von Groß-Berlin kann nur gelingen, wenn eine großzügige sozialistische Kommunalpolitik betrieben wird. Dazu ist es notwendig, daß wir uns von allen Fremdschlägen der alten sozialen Kommunalbureaucratie freimachen. Die Sozialisten gehen auch ins Stadtparlament hinein, um die Interessen der Allgemeinheit, ganz besonders im Interesse des Proletariats und der minder- und unbemittelten Bevölkerung, praktische positive Arbeit zu leisten, um für unsere Klassenbrüder herauszukommen, was herauszukommen ist.

Die bürgerlichen Parteien wollten das Gesicht Groß-Berlin in der preussischen Landesversammlung zu Fall bringen, weil, wie sie sagten, Groß-Berlin dann ein kommunistisch-unabhängiger Freistaat werden würde. Dazu können wir sagen: Ja, wir wollen einen vorläufigen sozialistischen Freistaat aufbauen, um auf kommunalem Gebiete zu zeigen, was Sozialismus ist. Um nun die sich für uns aufbauende Arbeit im neuen Stadtparlament bewältigen zu können, müssen wir bei der Aufstellung der Kandidaten besonders darauf bedacht sein, für die einzelnen Ressorts Fachleute zu bekommen, da auf den verschiedensten Gebieten eine gründliche Sachkenntnis notwendig ist. Ich halte es aus diesem Grunde auch für verfehlt, daß zunächst eines Mandates zur Landesversammlung oder zum Reichstag in das Stadtparlament nicht Einverständnis werden sollen. Gerade Abgeordnete der preussischen Landesversammlung haben uns bei unserer kommunalen Arbeit die wertvollsten Dienste geleistet. Prüfen Sie daher alle vorliegenden Anträge auf das Sorgfältigste, und entscheiden Sie sich, wie es im Interesse der Sache und des Sozialismus notwendig ist.

In der Diskussion begründete Weher die vorliegenden Anträge mehrerer Distrikte, die besagen, daß die Kandidaten der Stadtliste seit Bestehen der Partei angenommen, der Antrag, der die Doppelkandidatur nicht zulassen will, wurde abgelehnt. Die Generalversammlung stimmte dem Antrag, der die Doppelkandidatur verlangt, zu, doch lehnte der Antrag, der es den Kandidaten nicht gestattet, irgendeiner Wahlgemeinschaft anzugehören. Einstimmig wurde ein Zusatzantrag abgelehnt, der forderte, daß auch die Angehörigen des Kandidaten aus den Wahlgemeinschaften ausgeschlossen sein müßten.

Weiter wurde beschlossen, daß Genosse Dr. Böhl auf allen Kreislisten und Stadtlisten an die erste Stelle gesetzt wird. Die Aufstellung der Kandidaten zur Stadtliste werden wir in der nächsten Nummer veröffentlichen.

## Gewerkschaftliches.

### Unternehmerfreudigkeit der Holzindustriellen!

Durch die augenblickliche Krise im Wirtschaftlichen, die sich besonders auch in der Holzindustrie bemerkbar macht, war es bisher nicht möglich für Berlin die bei den zentralen Verhandlungen am 18. April d. J. von Seiten der Arbeitgeber gemachten minimalen Angebote einer Konzessionszulage zu vereinbaren. Nach den Verhandlungen des Reichsarbeitsrates hat sich nunmehr das Tarifamt, unter Leitung eines Unparteiischen, mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Zu diesem Zweck fand eine Sitzung am 28. Mai statt. Als unparteiischer Vorsitzender war im Einverständnis mit dem Arbeitgeber-Schutzverband, Vorsitzender Dr. Franke geladen, welcher zu diesem Zweck von Bayern nach Berlin geeilt ist, um im Interesse des sozialen Friedens zu wirken. Als Sachverständiger am 28. Mai Verhandlungsbegleitend um 11 Uhr zusammenzutreten sollte, warteten der Vorsitzende und die Arbeitgebervertreter vergeblich auf die Unternehmer. Nach geraumer Weile erst teilten diese telephonisch mit, daß sie um 8 Uhr kommen würden. Das war eine höchst unglückliche, die aber noch härter zum Ausdruck kam, als die Verhandlungen begannen.

Vor der Eröffnung der Sitzung war Herr Prof. Dr. Franke genötigt abzutreten, denn die Unternehmer hatten plötzlich Bedenken gegen den in ihrem Einverständnis berufenen Vorsitzenden, ohne allerdings diese Bedenken näher zu begründen. Der Effekt wurde schließlich vermieden, indem man sich dahin einigte, daß zunächst über die allgemeine Lohnforderung verhandelt werden soll, wobei das Tarifamt als Organisationsamt fungieren sollte und der unparteiische Vorsitzende zur Verhütung zu machen hätte,

Bei den folgenden Punkten aber sollte das Tarifamt Entscheidungen fällen, wobei die Stimme des Vorsitzenden gegebenenfalls ausschlaggebend wäre. Nach diesem Vorschlag übernahm Prof. Dr. Franke das recht undankbare Amt als Vorsitzender.

Seine Bemerkungen, in der Lohnfrage eine Verständigung herbeizuführen, waren vergeblich. Die Unternehmer wollten ein Einverständnis ein Angebot das noch weit hinter dem unzulänglichen Angebot zurückblieb, das sie bei den Verhandlungen im April gemacht hatten. Am Schluß der Verhandlungen, die am 27. Mai fortgesetzt wurden, mußte Professor Franke feststellen, daß die Verständigungsbemühungen gescheitert seien.

Nun sollte zur Beilegung der anderen Fragen geschritten werden. Da kam es zu einer dramatischen Szene. Einem Vorschlag der Unternehmer folgend, erklärte Herr Koniechno-Vorsitzender der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, daß die Arbeitgeber kein Vertrauen zu Herrn Professor Franke hätten. Da er führte direkt aus, daß sie ihn, der mit ihrem ausdrücklichen Einverständnis als Unparteiischer berufen worden war, mit Mißtrauen betrachteten.

Es ist begreiflich, daß Herr Prof. Franke durch diese Erklärung erstaunt und verletzt war. War doch sogar sein letzter Vermittlungsvorschlag den Unternehmern so günstig gewesen, daß die Arbeitgebervertreter erklären mußten, daß er für sie nicht diskreditiert sei. Der Unternehmervertreter Knöllinger-Körnberg meinte, die Unternehmer hätten ihr Mißtrauen darauf, daß Professor Dr. Franke nicht genügend Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse besitze, um die Interessen der Unternehmer gebührend zu berücksichtigen.

Herr Professor Franke hat die gefährliche Antwort auf diese Unverschämtheit auf der Stelle gegeben. Er sagte den Herren, daß er allerdings nicht der richtige Mann sei, wenn die Unternehmer als Unparteiischen einen Schiedsrichter verlangen, der einseitig Unternehmerinteressen vertritt.

Somit hatten die Verhandlungen, ohne ein Ergebnis zu zeitigen, ihr Ende erreicht, ob es nochmals zu solchen Verhandlungen kommen wird, steht noch dahin, das ist übrigens eine Sache, die sich durch Reichstaxifreie oder sonstige Vereinbarungen nicht im Interesse der Arbeiter erledigen lassen; hierbei sind entscheidend die realen Machtverhältnisse der Klaffen. Es ist Pflicht aller Arbeiter, für eine geschlossene Front gegenüber dem Kapitalismus zu sorgen. Die Arbeiterklasse im neuen Deutschland heißt das Buch, wozu auch Professor Dr. Franke neben andern Durchhaltepolitikern im Jahre 1915 seinen Beitrag geschrieben hat. Der Noth hat seine Schuldigkeit getan, der Noth kann gehen.

### Drohender Generalfreistell im Bankgewerbe.

Die mitgeteilte ablehnende Antwort des Reichsverbandes der Bankleitungen gegenüber dem Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums hat die Situation in der Tarifbewegung der deutschen Bankbeamten naturgemäß verschärft. Die Leitungen der beiden Bankbeamtenorganisationen, des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten und des Deutschen Bankbeamtenvereins, waren bereits gestern abend zu Beratungen über die infolge der ablehnenden Haltung der Bankleitungen erforderlichen Maßnahmen und vor allem über ein gemeinsames Vorgehen zusammengetreten.

Die Antwort des Reichsverbandes der Bankleitungen auf den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums wird vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten und vom Deutschen Bankbeamtenverein als völlig ungenügend und letztlich als Verschleppungsversuch betrachtet. Die beiden Zentralverbände haben daher heute einmütig beschlossen, den Generalfreistell zu empfehlen. Am 2. Juni findet eine Versammlung der Großbankangehörigen statt, in welcher Herr Marx vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten und Herr Fürberg vom Deutschen Bankbeamtenverein sprechen werden.

### Keine Einigung im Friseurgewerbe.

Die aufgenommenen Verhandlungen von den Arbeitgebern abgebrochen.

Am Freitag abend fand zwischen den Arbeitgebern des Friseurverbandes und der Zentralvermittlung der Friseure eine unerbittliche Besprechung statt, die durch eine Mittelperson zustande gekommen war. Die Verhandlungsbasis wurde in dieser Besprechung nicht berührt, und man wurde sich am Schluß dahin einig, zu Verhandlungen überzugehen, die am Dienstag mittag beginnen sollen.

Am Dienstag mittag begannen im Innungslokal, Ohmstr. 2, Verhandlungen, die vom Obermeister Leopold mit den Worten eröffnet wurden, daß die Arbeitgebervertreter infolge einer Einladung des Reichsarbeitsministeriums zu einer gemeinsamen Sitzung am Vormittag nicht gefolgt seien, da gleichzeitig die Verhandlungen innerhalb des Berufes — zwischen dem Vorstand des Friseurverbandes einerseits und der Zentralvermittlung andererseits — begannen. Aus diesen Worten konnte man entnehmen, daß die Arbeitgeber späteren Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium nicht abgeteilt gegenüberstehen. Die Reichsarbeitsminister, die den Streikenden ihr Kampfmittel, den Streik fortzusetzen, zusagten, verlangten aber, daß die „Streikenden“ sofort aufgehoben werden. Die Forderung der Gehilfen auf Wahrung eines unparteiischen Vorsitzenden sollte kein Hindernisgrund der Verhandlung sein. Als Verhandlungsbasis hätten die Arbeitgeber vor, dort weiterzuführen, wo man stehen geblieben war, also bei einem Lohnvorschlag von 125 und 145 Mark. Die Vertreter der Gehilfen sahen sich nach diesen Erklärungen zurück und erklärten später, daß sie an dem unparteiischen Vorsitzenden festhalten und vom Tage des Tarifabschlusses den Streik und die „Forderungen“ aufheben. Daraufhin erklärte Herr Obermeister Leopold die Verhandlungen für geschlossen und die Gehilfenaufsichtungsverträge demzufolge für Verhandlungen.

### Angestellten tarif in der Metallindustrie.

Die Arbeitgemeinschaft vieler Angestelltenverbände schreibt uns:

Wie schon mitgeteilt, soll über die Differenzen, die aus den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie entstanden sind, ein Schiedsgericht einberufen werden. Die Angestellten hatten als unparteiischen Vorsitzenden den Berliner Oberbürgermeister Wernuth vorgeschlagen. Wagnersandweise ist dieser von den Unternehmern als Vorsitzender abgelehnt worden. Jetzt sind dem Arbeitsministerium vier weitere Vorschläge von den Angestellten gemacht worden. Man hat Herrn Krenn, die holländischen Metallindustriellen nahelegen. Interessant wird es sein, zu beobachten, wie sich die Unternehmer zu diesen neuen Vorschlägen stellen. Die Taktik der Herren ist natürlich klar erkennbar. Sie wollen durch diese Wechsellagen auch erreichen, daß der Verhandlungstermin möglichst hinausgeschoben wird. Wir hoffen aber, daß das Arbeitsministerium die Sachverhalte der Situation in der Metallindustrie klar erkennen und nicht der Taktik der Unternehmer folgen wird. Einzelne Unternehmer sollen angeben haben, daß sie einen Streit der Angestellten im gegenwärtigen Augenblick gar nicht ungenügen sähen. Die Vertreter der Angestellten wissen das und werden ihre Maßnahmen so treffen, daß der Kampf nicht dann gestoppt wird, wenn es den Unternehmern angenehm ist, sondern zu einem Zeitpunkt, in dem man mit einem Erfolg rechnen kann. Angewandte sprechen dafür, daß man bald sehr klar erkennen wird, warum in diesem Tarifstreik die ganze Angelegenheit verschleppt.

Eine Firma, die die tarifmäßigen Löhne nicht zahlt und die Schiedsbehörde des Schlichtungsausschusses nicht anerkennt. Die Firma Müller u. Eberharder, Am Jochen, Holz-

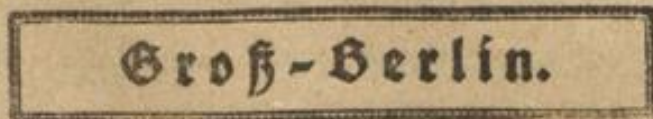
und Kohlenhandlung, Gelberstraße 20/21, ist durch Schiedspruch verpflichtet worden, die tarifmäßigen Löhne für Kohlenarbeiter zu zahlen ab 15. Januar 1920 anzuerkennen. Daraufhin erklärte die Firma, sie sei nicht in der Lage, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Die Firma hat dann ihren Betrieb scheinbar geschlossen und die Arbeiter entlassen. Die eingelassenen Waggons wurden des Nachts mit Hilfe Arbeitswilliger entladen. Jetzt hat die Firma unter dem Namen Holzhandlung, G. m. b. H., Gelberstr. 20/21, ihren Betrieb wieder eröffnet und sucht im Arbeitsmarkt (Morgenpost) neue Arbeitskräfte. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Betrieb wegen bestehender Lohnforderungen für organisierte Arbeiter gesperrt ist und warnen dringend davor, bei dieser Firma Arbeit anzunehmen.

Achtung, Postbauer! Donnerstag, 2. Juni, abends 6 Uhr, findet im Markgrafen-Vereinshaus eine wichtige Versammlung aller Post- und Schiffsbauer Groß-Berlins statt. Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

Verband der Schiffszimmerer Deutschlands. Die Bezirksleitung. Die Gruppenleitung.

Achtung! Bauarbeiter! Die Bauten der Berlinischen Boden-Gesellschaft in Köpenick, Dahlem, Friedrichsfelde, Karlshorst und Schmargendorf sind wegen Umgehung des Tarifvertrages gesperrt. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Berlin.

Berichtigung. Unter der Ueberschrift „Was gibt es in den Berliner Waren- und Kaufhäusern vor?“ brachten wir bei Nachricht, daß im Warenhaus A. Wertheim 100—150 Kündigungen vorgenommen worden sind. Diese Angaben sollen, wie uns die Firma A. Wertheim mitteilt, nicht den Tatsachen entsprechen. Die angegebene Zahl sei ebenso wie die angebliche Maßregelung eines Betriebsratsmitgliedes völlig aus der Luft gegriffen. Kündigungen hätten nur stattgefunden auf Veranlassung des Demobilisierungsausschusses, wegen Diebstahls und anderer besonderer Vorkommnisse.



### In unsere Leser!

Unsere Spediteure und Botenfrauen sind dazu angehalten, in Zukunft das Abonnementgeld stets in den ersten Tagen des Monats zu erheben und abzuführen. Wir bitten unsere Abonnenten, bei Durchführung dieser Anordnung unseren Zeitungsfrauen die Arbeit zu erleichtern. Verlag der „Freiheit“.

### Ein Beitrag zum Kapitel „Wohnungsnot“.

Das Grundstück Friedrichstraße 248 wird von dem Generalbevollmächtigten der Eigentümerin verwaltet. — Nachdem es seit ungefähr zwei Jahren nicht der Fall war, sollte dieses Grundstück nunmehr einen ständigen Portier bekommen. — Um für diesen eine Wohngelegenheit zu schaffen, stellte der Generalbevollmächtigte bei dem zuständigen Mietbelegungsamt Antrag auf Räumung einer im Seitenflügel gelegenen, von einer dreiköpfigen Familie bewohnten 3-Zimmer-Wohnung, der auf den Einspruch des dadurch in Gefahr der Obdachlosigkeit drohenden Mieters auf Räumung wenigstens eines Zimmers herabgesetzt wurde.

Dieser Antrag wurde gestellt, trotzdem bekannt war, daß die im selben Flügel einen Stock höher gelegene 3-Zimmer-Wohnung nicht bewohnt ist, sondern als Lagerraum für alle Kisten, Lumpen und Garderobe Verwendung findet, und das Mietbelegungsamt gab diesem Antrag statt, trotzdem auch diese von der ganzen Sache Kenntnis hatte.

Die Wohngelegenheit für den Portier war somit geschaffen. Die Portierleute selbst waren auch bald gefunden und bezogen in Gestalt eines unehelichen Paars mit Wissen des Verwalters eines schönen Tages das erteilte Zimmer, während die 3-Zimmer-Wohnung noch heute unbesetzt ist.

### Was sagt das Wohnungsamt dazu?

Sicherheitsbeamte, die in amtlicher Eigenschaft in den Wahlkampf eingreifen, übertreten ihre Befugnisse und machen sich strafbar. Uns wird mitgeteilt, daß gestern nachmittag in der Seefelderstraße einige Sicherheitsbeamte sich den „Sozialisten“, von den Anschlagskübeln Wallblatte der U. S. P. abzuwehren. Vielleicht ist es ratsam, wenn die Beamten in den Instruktionstunden darüber belehrt werden, daß diese Tätigkeit nicht zu ihren Aufgaben gehört.

Rechtschule der Groß-Berliner Arbeiterklasse. Der Kursus „Rechtskunde“ des Genossen Schönbeck muß wegen Erkrankung des Genossen 4 Wochen lang unterbrochen werden. Der Neubeginn des Kursus wird allen Herren herzlich mitgeteilt. Der Kursus „Deutsch“ der Genossin Schönbeck wird durch Frida Windemann weitergeführt. Er erleidet also keine Unterbrechung.

Briegelschlichte als Unterbeamte bei der Eisenbahn. Briegelschlichte Inhaber des Anstellungsbuchs müssen bei der Eisenbahnvermittlung zunächst zur Erprobung im Arbeiterverhältnis beschäftigt werden, wenn sie den Vorschriften für die körperliche Tauglichkeit nicht entsprechen. Nach einer neuen Entscheidung der Reichsbehörde Preußen-Gebiet des Reichsarbeitsministeriums können sie aber nach erfolglicher Prüfung als Beamtenanwärter im Probendienst einberufen und nach bestandener Prüfung als Beamtenanwärter definitiv angestellt werden. Die probeweise Beschäftigung im Lohnverhältnis kann auf die vorgeschriebene Ausbildungszeit angesetzt werden. — Für die Einstellung als Lehrling bei einer Eisenbahnhauptwerkstatt werden nur Bewerber zugelassen, die die Schulbildung besitzen, wie sie für die Aufnahme eines technischen Eisenbahntechnikers vorgesehen ist.

Die Deutsche Reichsbahn, Auslandsabteilung des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, verlegt ihre Geschäftsstelle von Berlin C. 2, Schloßplatz 1, nach Charlottenburg, Berliner Straße 187, Cecilienhaus 3. Vom 8. Juni ab befinden sich dort folgende Abteilungen: Schwedische und dänische Kindererziehung, Kollegienhilfe, Verwaltung.

Beschwerdebesserung bei den Vorortzügen nach Erkner. Um die einwandfreie Beförderung derjenigen Reisenden herbeizuführen, die nachmittags und abends vom Bahnhof Rahnisdorf in der Richtung nach Berlin die Vorortzüge benutzen, hat die Eisenbahndirektion seit einiger Zeit an drei verschiedenen Tagen (sonntags an Sonn- und Feiertagen) vom Bahnhof Erkner Leerzüge abgefahren, welche erst in Rahnisdorf zum erstenmal zum Einsteigen halten, so daß sich die Wahrscheinlichkeit einer bequemen Beförderung von diesem Bahnhof aus ganz erheblich vergrößert hat.

Ermäßigung der Preise für Auslandsfleischwaren. Da die Reichsfleischstelle die Preise für ausländische Fleischwaren herabgesetzt hat, können, wie der Berliner Magistrat mitteilt, auch die Kleinverkaufspreise, und zwar bereits für die in dieser Woche zur Ausgabe kommenden Auslandsfleischwaren ermäßigt werden. Die Preise betragen jetzt für amerikanischen Speck 12.10 Mark (bisher 14.10 Mark) für austral. ...







# HERMANN TIETZ

Herren-Stiefel

Braun Box calf

besonders preiswert **278<sup>00</sup>**

## Besonders preiswerte Angebote

### Porzellan

- Tafelservice 25 teilig für 6 Pers. **385<sup>00</sup>**  
 Kaffeegeschier 3 Pers. **17<sup>50</sup>**  
 Kaffeegeschier 4 Pers. **19<sup>50</sup>**  
 Kaffeegeschier 6 Pers. **27<sup>50</sup>**  
 Kaffeegeschier 8 Pers. **35<sup>00</sup>**  
**Porzellan, weiss**  
 Teller rot und blau **6<sup>75</sup>**  
 Tassen **6<sup>75</sup>**  
 Kaffeekannen **10<sup>75</sup>**  
 Milchtopfe **60 Pz. 75 Pz.**  
**Porzellan, bunt**  
 Tassen **2<sup>75</sup>**  
 Milchtopfe **1<sup>05</sup>**  
 Teekannen **9<sup>25</sup>**  
 Zuckerdosen **2<sup>25</sup>**  
 Kinderteller **4<sup>75</sup>**  
 Kindertassen **2<sup>10</sup>**  
 Frühstücksteller **4<sup>75</sup>**  
 Kaffeebecher **2<sup>05</sup>**

### Glas

- Prüßglas.**  
 Kompotteller 85 Pz. bis **95 Pz.**  
 Kompots rund **2<sup>25</sup>**  
 Kompots viereckig **2<sup>75</sup>**  
 Butterdosen **3<sup>75</sup>**  
 Eismuscheln **95 Pz.**  
 Zitronenpressen **95 Pz.**  
**Schleifglas.**  
 Salatieren **13<sup>75</sup>**  
 Butterglocken **26<sup>50</sup>**  
 Käseglocken **13<sup>50</sup>**  
 Kompotteller **7<sup>25</sup>**  
 Weingläser glatt **4<sup>50</sup>**  
 Likörgläser glatt **65 Pz.**  
 Teebecher m. Bord. **2<sup>05</sup>**  
 Bierpokale glatt **2<sup>75</sup>**  
 Bierseidel **95 Pz. 1<sup>75</sup>**

### Steingut

- Waschgarnituren **59<sup>50</sup>**  
 Toiletten-Eimer mit Polage **47<sup>50</sup>**  
 Waschbeck. kunst **12<sup>50</sup>**  
 Waschkrüge kunst **12<sup>50</sup>**  
 Kaffeebecher weiss u. bunt **1<sup>10</sup>**  
 Obertassen weiss u. bunt **75 Pz.**  
 Speiseteller bunt **1<sup>75</sup>**  
 Speiseteller weiss **1<sup>35</sup>**  
 Satz-Salattieren **11<sup>50</sup>**  
 Küchegarnituren **140<sup>00</sup>**  
 Vorratsstößen sortiert **95 Pz. 1<sup>05</sup>**  
 Gewürz-Tonnen sortiert **85 Pz.**  
 Flaschen sortiert **85 Pz.**  
 Mestlen sortiert **4<sup>75</sup>**  
 Milchtopfe sortiert **1<sup>25</sup>**  
 Steintöpfe, Butten, Milchtopfe  
 in grosser Auswahl

### Emaile

- Schmortöpfe **13<sup>75</sup>**  
 Kasserollen **10<sup>50</sup>**  
 Schüsseln **10<sup>50</sup>**  
 Wasserkessel **10<sup>50</sup>**  
 Milchtopfe **5<sup>75</sup>**  
 Milchkannen **4<sup>25</sup>**  
 Kaffeeflaschen **2<sup>50</sup>**  
 Spargelkocher **20<sup>50</sup>**  
 Spirituskocher **7<sup>50</sup>**  
 Eierversandkartons **4<sup>75</sup>**  
 Eier-Versandkisten **5<sup>50</sup>**  
 Gurkenhobel **1<sup>50</sup>**  
 Ärmelplättbretter **3<sup>50</sup>**  
 Plättbretter besogen **3<sup>25</sup>**  
 Waschbretter **7<sup>00</sup>**  
 Spiritus-Plättbeisen **67<sup>00</sup>**  
 Elektrische Plättbeisen **142<sup>50</sup>**

### Wirtsch.-Artikel

- Fruchtpressen **55<sup>00</sup>**  
 Schnell-Eismasch. „Moha“ **80<sup>00</sup>**  
 Wandkaffeemühlen **75<sup>00</sup>**  
 Brotschneidemasch. **19<sup>50</sup>**  
 Fleischhackmasch. **55<sup>00</sup>**  
 Eßlöffel Aluminium **2<sup>75</sup>**  
 Kaffeelöffel Aluminium **1<sup>75</sup>**  
 Salatbestecke **18<sup>50</sup>**  
 Blitzschneider **2<sup>25</sup>**  
 Eierschneider **1<sup>50</sup>**  
 Gazeglocken rund **10<sup>75</sup>**  
 Gazeglocken oval **13<sup>25</sup>**  
 Fliegenfänger **1<sup>45</sup>**  
 Kirschkernker 30 Pz. bis **75 Pz.**  
 Gartenscheren **2<sup>75</sup>**  
 Gartenharken **3<sup>50</sup>**  
 Giesskannen **7<sup>00</sup>**  
 Gartenschläuche **16<sup>50</sup>**

- Einkochgläser** mit Deckel **1<sup>35</sup>**  
**Einkochgläser** ohne Form **1<sup>10</sup>**  
**Einkochapparate** **48<sup>50</sup>**

- Reise-Artikel**  
 Reisekocher Aluminium **32<sup>50</sup>**  
 Wandervogelkocher **65<sup>00</sup>**  
 Taschenflasch. Alum. **19<sup>00</sup>**  
 Trinkbecher Alum. **2<sup>25</sup>**

- Eierhüllen** Aluminium **3<sup>75</sup>**  
**Schraubdos.** Alum. **8<sup>25</sup>**  
**Schraubdosen** mit Glasinsatz **21<sup>50</sup>**  
**Spiritusplättchen** mit Ethyl **121<sup>50</sup>**

- Reisekleiderbürsten** **6<sup>00</sup>**  
**Reise-Wichgarnitur** **13<sup>00</sup>**  
**Seifendosen** **1<sup>90</sup>**  
**Reisebestecke** **5<sup>25</sup>**

**Eisschränke** mit Zink ausgekleidet  
 in großer Auswahl

**Gazeschränke** **55<sup>00</sup>**  
 Holz und Metall **125<sup>00</sup>**

**Sehr preiswert: Kasten zum Aufbewahren**  
 von Pelzwerk **85<sup>00</sup>**

**Badewannen** verinkt **275<sup>00</sup>**  
**Zink-Badewannen** mit Wulst **675<sup>00</sup>**

### Offene Stellen

## Kassiererin

sofort gesucht.  
 Meldungen von 11-12 Uhr vormittags.  
**Kaufhaus des Westens**  
 G. m. b. H.  
 Berlin W 50  
 Tauentzienstraße 21/24.

## Erste Stenotypistin

sofort gesucht.  
 Es wird nur auf eine erstklassige Kraft reflektiert!  
 Meldungen von 11-12 Uhr vormittags.  
**Kaufhaus des Westens**  
 G. m. b. H.,  
 Berlin W 50,  
 Tauentzienstraße 21-24.

### !!! Geld !!!

für jede Wertmache. Höchste Anwesenheit & Pünktlichkeit. Technisch. Bücher usw. Weißl. Friedrichstr. 41 III. 1. Etz. 1000.

### Spezial-Arzt

für Geschlechts-, Haut-, Horn-, Frauenleiden, speziell vererbte Krankheiten Hereditäre, Anomalie, stry. Schwäche, Organ Leis. komb. Salvarsan-Kuren, Blutstauungen. Im ersten und zweiten Stock. **Dr. Löser senior** **Hur Rosenthaler Str. 69-70**

### Ehronerklärung

Alle Verlobungen zum Frau Kellner, Schöneberg, Köpenicker Straße 6, nehme ich mit Bedauern zurück und erkläre dieselbe als ehrenhafte Person. Karl Hopp.

Am 30. Mai, abends 8 Uhr, verstarb meine liebe Frau und Mutter, **Aima Bochart** geb. Kleintrake. Die Beerdigung findet am 31. Mai, 2 Uhr nachm., auf dem Friedhof der Gemeinde Berlin-Grütz, Chausseestraße, statt. Mit der Bitte um stille Teilnahme. **All Bochart u. Arn.**

**Alte Gebisse** auch zerbrochene und einzelne Zähne  
**Platin** Brennstifte, Kopalade, Gold- und Silberbruch sowie Gegenstände kann weit über Tagespreis  
**J. Herz**  
 Fehrbelliner Str. 52  
 an der Brannestraße  
 Sonnabends geschlossen.

Benötigte dringend zu extra hohen Preisen  
**Messing**  
**Kupfer**  
**Blei**  
**Rotguss**  
 Wichtig für Händler! Wegen Preissteigerung keine Preisanpassung!  
**Gebr. Fuhrmann**  
 Götterdammstraße 12.

**Kupfer** p. Kilo **8,-**  
**Rotguss** **6,50**  
**Messing** **4,-**  
 sowie höchste Tagespreise für Zinn, Blei und Zink zahlbar  
**Wiener**  
 Pascalstraße 3,  
 an der Reichshofstraße  
 und Götterdammstraße.

**Elektromotore**  
 Gleichstrom u. Drehstrom  
 Ingeieurbüro Schlichting  
 Berlin W 8, Lietzstr. 15,  
 Tel. 1. 1. 27. 27. 08 und 8214

**Meying**  
 Invalidenstraße 142

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:  
 Der Metallarbeiter **Karl Fröhlich**  
 Sparrstraße 21, am 26. Mai. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.  
 Der Schlosser **Fritz Wissel**  
 Adalbertstraße 24, am 29. Mai. Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. Juni, nachmittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Friedrichsfelde aus statt. Regere Beihiligung wird erwartet.  
**Nachruf.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:  
 Der Werkzeugmacher **Felix Schmidt**  
 Nordufer 7, am 6. April.  
 Der Schlosser **August Neuendorf**  
 Wrangelstraße 27, am 22. Mai.  
 Der Mechaniker **Gustav Ullm**  
 Neukölln, Kaiser-Friedrich Straße 72, am 24. Mai.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Ortsverwaltung.

### Die Bibel der Ehe

Mit Recht kann das Werk von Dr. jur. Spier **Die Schule der Ehe** Ein Lebensbuch zur Pflege des ehelichen Glücks so genannt werden. Wie viele Millionen Menschen gehen unbesonnen und naiv in die Ehe, welche eine unendliche Summe menschlichen Glücks ist in Scherben gebrochen, weil viele Ehen falsch und unvorteilhaft geführt werden. — Dieses Werk mit seinem vorzüglichen und anerkennenden Einfluß kann so viel Unheil verhüten und ist daher wie geschaffen, ein Ratgeber für alle diejenigen zu sein, die ein wirkliches Glück in der Ehe finden wollen.  
 Das Werk umfaßt 15 Kapitel und ist in ca. 700 Seiten stark. Preis vorwärts gebunden Mk. 3.20. — In beliebigen Buchhandlungen.  
**Logier & Co., Berlin W 9, Köpenicker Str. 27.**

### Schönes und reines Gesicht

erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode: Sommerproben, Michel, Albrecht, Lebnflecke, Warzen, Gesicht- und Haarschwamm, Unreinheit, schmerzliche Teilung usw. **G. Weissert, Invalidenstraße 147 I, Ecke Bergstraße.**  
 Sprechstunden: 10-12 u. 4-5. Sonntags 10-11. Auskunft kostenlos.



Dieses Kleid  
 sowie andere schöne und modische Kleider können Sie selber anfertigen nach

Allestein-Schnittmustern  
 In großer Auswahl erhältlich bei

## Jandorf

Belle-Alliance-Str., Or. Frankfurter Str., Brunnenstr.  
 Kolbuser Damm, Wilmersdorfer Strasse (Charl.)